

Die EU zeigt Entschlossenheit gegenüber dem Lukaschenko-Regime

## Druck auf Minsk allein genügt nicht

PETER RÁSONYI

Für einmal kann der Europäische Rat schnell und entschlossen handeln. Nur einen Tag nach der staatlich angeordneten Entführung eines irischen Linienflugzeugs voller EU-Bürger durch den weissrussischen Diktator Alexander Lukaschenko haben die Staats- und Regierungschefs Sanktionen erlassen. Das Verbot von Flügen und Landungen weissrussischer Flugzeuge auf EU-Territorium ist angemessen.

Die Entführung der Ryanair-Maschine hat zu Recht die Wut und Entschlossenheit der EU-Regierung hervorgehoben. Man muss noch einmal die Vorgänge vom Sonntag Revue passieren lassen, um der Tragweite dieses unerhörten Skandals gerecht zu werden. Da steigen 170 Passagiere in die Linienmaschine einer der grössten Fluggesellschaften der Europäischen Union, um vom EU-Staat Griechenland in den EU-Staat Litauen zu fliegen. Sie wiegen sich in Sicherheit, geschützt durch die Rechtsnormen und Sicherheitskräfte der EU-Mitgliedstaaten. Doch plötzlich wird die Maschine kurz vor dem Ziel von einem Kampfflugzeug abgefangen und zur Landung in Minsk gezwungen, damit man zwei ihrer Passagiere abführen und einkerkern kann.

Niemand in Europa hatte sich bisher so ein Szenario vorstellen können, wenn er irgendwo in einem EU-Land in ein Linienflugzeug stieg. Und niemand möchte in Zukunft mit so einem Anschlag auf seine Rechte und seine Sicherheit rechnen. Die EU musste handeln, um ihren eigenen Anspruch der Rechtsstaatlichkeit, der persönlichen Freiheit und Sicherheit für ihre Bürger in aller Deutlichkeit zu postulieren.

Auf einem anderen Blatt steht freilich, was die EU und der davon im Grunde genau gleich betroffene gesamte Westen damit erreichen können. Weissrussland hat schlicht zu wenig Berührungspunkte mit der Europäischen Union, als dass deren Sanktionen das Regime bisher genügend destabilisieren konnten. Lukaschenko hat sich bei der Niederschlagung des eigenen Volks von nichts beeindrucken lassen. Deshalb ist bedauerlicherweise kaum zu erwarten, dass die neusten verschärften Sanktionen die innere Zwangslage in Weissrussland werden lösen können.

Es ist nicht zu übersehen, dass die grosse EU sich just dann zu Einigkeit und entschlossenem Handeln aufschwingt, wenn es um Strafen gegen ein kleines, isoliertes Land wie Weissrussland geht, das wenig wirtschaftliche Interessen mit einzelnen EU-Staaten verbindet. Doch jeder weiss, dass dies nicht genügt. Lukaschenko sitzt mit seinem brutalen Sicher-

heitsapparat nur deshalb noch an der Macht, weil er sich auf die Unterstützung durch Russland verlassen kann. Wer der Demokratiebewegung in Weissrussland zum Durchbruch verhelfen wollte, müsste sich deshalb mit Moskau anlegen. Doch dazu ist die EU nicht bereit. Zu viele Mitgliedstaaten, an vorderster Front Deutschland, stellen eigene wirtschaftliche vor politische und moralische Interessen.

Dabei geht es gar nicht nur um Weissrussland. Im Februar wurde der EU-Aussenbeauftragte Josep Borrell in Moskau vom russischen Aussenminister Sergei Lawrow offen gedemütigt. Im April hat Russland mit einem gewaltigen, weder angekündigten noch plausibel erklärten Truppenaufmarsch an seiner Westgrenze die Nachbarländer in Alarmstimmung versetzt. Vor einem Monat bat Tschechiens Regierung um europäische Solidarität, nachdem sie Details über einen mutmasslichen russischen Geheimdienstesinsatz veröffentlicht hatte, der zur gewaltigen Explosion eines Munitionsdepots und zum Tod zweier Menschen auf tschechischem Territorium führte.

Doch Brüssel diskutiert nur immer weiter. Auch am Montag. Das Thema Russland soll nun in einem Monat noch einmal besprochen werden. So hat nicht nur Russlands Drahtzieher Wladimir Putin, so hat auch der Diktator von Minsk wenig zu befürchten.



ZUGESPITZT

## Der Gedankenleser

ANDREAS RÜESCH

Russlands Präsident hat sich noch nie geschmeut, sein Draufgänger-Image mit Kraftmeiereien zu untermauern. Einst schwor Wladimir Putin, Terroristen «in der Latrine kaltzumachen», ein andermal empfahl er einem Journalisten, sich kastrieren zu lassen. Nun hat er gedroht, jedem die Zähne einzuschlagen, der sich an russischem Territorium vergreife. Jeder wolle sich ein Stück Russlands abbeissen, klagte Putin am Donnerstag bei einer Konferenz zur Förderung patriotischer Gesinnung.

Russland als eine von Feinden belagerte Festung – das ist für Konsumenten der Kreml-Propaganda ein vertrautes Bild. Aus ausländischer Sicht mag man sich zwar fragen, wer da wem etwas abzubeissen versucht. Schliesslich stehen russische Truppen auf dem Boden von drei benachbarten Staaten, gegen deren Willen. Aber das sind Petitesse im Vergleich zum riesigen Braten, den sich das böse Amerika einzuverleiben versucht, nämlich Sibirien. Laut Putin finden es gewisse ausländische Wortführer ungerecht, dass die Bodenschätze jenseits des Urals in Russlands alleinigem Besitz seien.

Der Kremlherr spielte auf die frühere amerikanische Aussenministerin Madeleine Albright an, über deren Appetit auf Sibirien sich die Moskauer Führung wiederholt entrüstet hat. Der Sekretär des russischen Sicherheitsrats, Nikolai Patruschew, gab einmal zum Besten, dass die Amerikaner Russland am liebsten von der Landkarte tilgen würden, und führte als Beweis ebenfalls Albrights Haltung an. Die frühere Ministerin habe Russland bekanntlich das Recht auf Sibirien abgesprochen.

Die ganze Kreml-Elite scheint sich daran zu erinnern. Das Problem ist nur, dass die schon vor zwei Jahrzehnten aus der Regierung ausgeschiedene Albright nie etwas Derartiges gesagt hat. Es handelt sich um eine unausrottbare Legende. Einer ihrer Ursprünge liegt in einem Interview, das ein früherer Geheimdienstgeneral 2006 dem Amtsblatt der russischen Regierung gegeben hat und das noch immer einen Platz in der Hitparade der Absurditäten beanspruchen könnte. Darin enthüllte der General eine Sensation: Einer auf übersinnliche Fähigkeiten spezialisierten Sondereinheit sei es gelungen, die Gedanken Albrights zu lesen.

Russland hat somit nicht nur bei Atomwaffen und im Cyberkrieg die Nase vorn, es ist auch eine Supermacht in Telepathie. Zu gerne wüsste man, warum Putin an solchen Schwachsinn glaubt. Aber dafür müsste man seine Gedanken lesen können. Höchste Zeit, dass der Westen aufrüstet.

Streit um Gebühren von Twint und Debitkarten

## Die Händler sind nicht machtlos

ANDRÉ MÜLLER

Zahlreiche Einzelhändler haben in den letzten Tagen im «Blick» ihrem Ärger Luft gemacht: über die Gebühren, die sie entrichten müssen, wenn ihre Kunden per Twint oder Karte zahlen. Diese Gebühren sind für die von der Pandemie gebeutelten Gewerbetreibenden zwar unschön – über lange Frist sind sie und ihre Kundinnen dennoch am längeren Hebel.

Die beiden Streitfälle haben einen unterschiedlichen Hintergrund: Bei den Debitkarten haben sich die Gebühren tatsächlich erhöht, weil die Banken sukzessive neue Debitkarten von Mastercard und Visa eingeführt haben. Die darauf fällige Kartengebühr orientiert sich stärker am Kaufpreis als an einem Fixbetrag pro Zahlung. Die Händler müssen also auf Kleinstkäufe weniger abgeben, grössere Transaktionen werden dafür teurer. Für Kioske ist das gut, für Möbelhändler weniger.

Ein Argument der Kartenfirmen: Die neuen Karten seien eine technische Innovation und böten zusätzliche Funktionen – man kann mit ihnen etwa auch Onlinekäufe bezahlen. Die höheren Preise sollen die Umstellungs- und Einführungskosten decken. Ab 2023 dürften die Ge-

bühren jedenfalls wieder sinken. Bereits jetzt haben sich die Verhandlungspartner, als Zwischenlösung, auf eine Deckelung der Gebühren verständigt.

Die Stimmung der Kleinhändler droht auch gegenüber der Zahl-App Twint zu kippen. Die Zahlungslösung wurde, da sie ohne teure Terminals auskommt, lange als günstigste Alternative zu Kreditkarten gefeiert, da sie es auch Bergbeizen mit wenig Kartenumsatz ermöglicht, ihren Gästen eine Alternative zum Bargeld anzubieten. Doch Twint verlangt 1,3% von jeder getätigten Zahlung; vermutlich erhalten nur grössere Händler einen substanziellen «Mengenrabatt».

Da Twint den Schweizer Banken gehört – und manche von ihnen auch gut an den Kartentransaktionen verdienen –, folgt nun der Vorwurf, dass sie sich an den krisengeplagten Kleinhändlern gesundstossen.

Dem ist nicht so. Erstens kostet der Aufbau der neuen digitalen Zahlungsinfrastruktur tatsächlich etwas. Twint hat in seiner Wachstumsphase keine Gewinne erzielt. Zweitens gibt es Mengenrabatte nicht bloss im Zahlungsverkehr: Grossverteiler wie Coop oder Migros können auch die Einkaufspreise von Mozzarella oder Erdnüssen stärker drücken als ein kleines Restaurant. Wegen

solcher Grössenvorteile lohnt es sich überhaupt, Ladenketten zu betreiben. So funktioniert Marktwirtschaft.

Drittens dürften die genannten Zahlungsanbieter (noch) keine dominante Marktstellung haben, sondern konkurrieren miteinander und mit Bargeld um Kundschaft. Debitkarten wurden in der Pandemie zwar beliebter; und Twint hat mehr als 3 Millionen Kundinnen und Kunden in der Schweiz. Ein Monopol ist das aber noch nicht.

Viertens garantiert selbst eine sehr starke Marktposition keine überrissenen Gewinne. Die Wettbewerbskommission oder der Preisüberwacher haben stets ein Auge auf den Zahlungsverkehr. Zudem sind (Fast-)Monopole heute generell fragiler als zur Zeit der alten Ölbarone. Es liegt an der Technologie: Ein dominantes soziales Netzwerk kann leichter verdrängt werden als Standard Oil damals.

Wenn es die Tech-Giganten wollten, könnten sie Google Pay oder Apple Pay schon heute als Konkurrenzprodukt der bekannten Bezahlkarten aufstellen. Und mit der fortschreitenden Digitalisierung dürften die Eintrittshürden und die Kosten im Zahlungsmarkt weiter sinken. Sollten Twint oder Mastercard ihre Position zu sehr ausreizen, schneiden sie sich ins eigene Fleisch.

Schweizer Denkmal für Opfer des Nationalsozialismus

## Erinnerung ist kein Selbstläufer

MARC TRIBELHORN

Die Schweiz ist ein Sonderfall, zumindest was die Errichtung nationaler Gedenkstätten betrifft. In alter republikanischer Tradition verzichtet der Bund in der Regel auf eine monumentale Geschichtspolitik und überlässt dies Privaten. So besteht im Land, das sich in direkter Nachbarschaft zum Terrorreich Adolf Hitlers befand und zwangsläufig mit ihm verstrickt war, bis heute kein nationales Denkmal, das den Opfern des Nationalsozialismus gewidmet ist. Die rund fünfzig Gedenktafeln, Stolpersteine und Skulpturen, die heute an den Holocaust erinnern, sind allesamt das Ergebnis zivilgesellschaftlicher Initiativen. Das hat immer wieder für Irritation gesorgt – und soll sich nun endlich ändern.

Am Dienstag hat eine Gruppe von Einzelpersonen und Organisationen dem Bundesrat ein Konzept vorgelegt. In Bern soll ein Schweizer Memorial für die Opfer der NS-Zeit entstehen, bestehend aus einem Gedenkort im öffentlichen Raum, einer Dauerausstellung und einem virtuellen Angebot. Politisch flankiert wird der Vorschlag von zwei Vorstössen, die im National- und Ständerat eingereicht wurden und breite Unterstützung erhalten – von den Linken bis zur SVP. Das ist bemerkenswert, wenn man sich den Um-

gang der offiziellen Schweiz mit den Schatten des Zweiten Weltkriegs vergegenwärtigt.

Jahrzehntelang pflegte das Land das Bild der helvetischen Saubermänner. Unappetitliches wie die wirtschaftlichen Verbindungen zum «Dritten Reich» blendete man ebenso grosszügig aus wie den behördlichen Antisemitismus und die schändliche Abweisung von Tausenden von Flüchtlingen an der Grenze. Erst 1995 entschuldigte sich der damalige Bundespräsident Kaspar Villiger: «Es steht für mich ausser Zweifel, dass wir mit unserer Politik gegenüber den verfolgten Juden Schuld auf uns geladen haben.» Doch die dringend nötige, aber von aussen aufgezwungene Auseinandersetzung um nachrichtenlose Vermögen, Nazi-Raubgold und die Aufarbeitung durch die Bergier-Kommission vergifteten den innenpolitischen Diskurs und verhinderten noch einmal über Jahre, was nun möglich scheint: eine offizielle, eine gerechte Erinnerung an das Leid und die Opfer vergangener Zeiten.

Inzwischen ist die Schweiz Mitglied in der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Im letzten Jahr empfing Bundesrätin Simonetta Sommaruga rund 50 Holocaust-Überlebende aus der Schweiz, die nach dem Krieg allzu kaltherzig behandelt wurden – eine späte, aber wichtige Geste. Überdies erschien ein Buch,

das erstmals das Schicksal von Hunderten von Schweizer Männern, Frauen und Jugendlichen beleuchtete, die im KZ landeten und von den Bundesbehörden im Stich gelassen wurden.

Die Pläne für ein Memorial sind denn auch zu begrüßen, gerade wegen seines Fokus: auf alle Opfer des Nationalsozialismus sowie auf jene Mutigen, die trotz grossen Risiken halfen, wie Paul Grüninger, Carl Lutz oder Elsbeth Kasser. Die Zeitzeugen werden immer weniger. Gleichzeitig schwindet das Wissen um die NS-Barbarei, besonders in den jüngeren Generationen. Erinnerung ist kein Selbstläufer, und Vermittlungsangebote, die etwa die Handlungsspielräume und Dilemmata der damaligen Akteure aufzeigen, sind dringend gefragt, im besten aufklärerischen Sinn: um neuem Grauen vorzubeugen.

Die grosse Arbeit steht indes noch bevor. Zunächst muss der Bund Ernst machen und seiner mehrfach versicherten «Aufgeschlossenheit» Taten folgen lassen. Vor allem aber muss das Konzept konkretisiert werden. Wie soll der Gedenkort ausgestaltet sein, welche Inhalte sollen vermittelt werden, wer soll mitreden, und wer trägt die Kosten? Das Schweizer Memorial für die Opfer des Nationalsozialismus wird noch für Debatten sorgen. Und das ist gut so: Denn Erinnerung findet immer in der Gegenwart statt.